

Mitteilung
der Landesregierung

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Staatsministeriums vom 12. Juli 2021, Az.: VI-0123.049:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 2. Quartal 2021.

Hassler
Staatssekretär

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg**über aktuelle europapolitische Themen****2. Quartal 2021**

I. Aktuelle europapolitische Themen	2
1. Konferenz zur Zukunft Europas	2
2. EU-Förderperiode 2021 bis 2027 und EU-Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“	4
3. 86. Europaministerkonferenz am 20. Mai 2021	6
4. Europäischer Rat am 24. / 25. Juni 2021	7
5. Verhältnis zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich	7
6. Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland	9
II. Europapolitische Veranstaltungen	10
III. Europafähigkeit und Europakommunikation	12
IV. Ausschuss der Regionen (AdR)	15
V. Zusammenarbeit mit Frankreich	16
VI. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	16
VII. Makroregionale Strategien	18
VIII. Vier Motoren für Europa	20
IX. Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen	20
X. Entwicklungspolitik	24

I. Aktuelle europapolitische Themen

Im zweiten Quartal des Jahres 2021 standen u. a. der Start der Konferenz zur Zukunft Europas, die weitere Umsetzung der EU-Förderperiode 2021 bis 2027 sowie die Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU im Mittelpunkt der europapolitischen Aktivitäten der Landesregierung.

1. Konferenz zur Zukunft Europas

Am 9. Mai 2021 fand die feierliche Eröffnung der Konferenz zur Zukunft Europas im Europäischen Parlament in Straßburg mit Kommissionspräsidentin von der Leyen, der portugiesische Ministerpräsident Costas (als Ratsvorsitzender), EP-Präsident Sassoli und der französische Macron statt.

Im Vorfeld der feierlichen Eröffnung hatte sich der Exekutivausschuss auf folgende Zusammensetzung der Plenarversammlung verständigt: 108 Mitglieder des EP, 54 Vertreterinnen und Vertreter des Rates (zwei pro Mitgliedstaat) und 3 der Kommission, 108 Vertreter und Vertreterinnen aller nationalen Parlamente, 108 Bürgerinnen und Bürger aus den Bürgerforen sowie jeweils 18 Vertreterinnen und Vertreter des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des AdR und acht Vertreterinnen und Vertreter der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft.

Als COSAC-Vertreter des Bundesrates im Exekutivausschuss hatten sich erst Minister Wolf und dann Ministerpräsident Kretschmann erfolgreich für eine Vertretung der nationalen Parlamente auf Augenhöhe mit dem EP (jeweils 108 Delegierte) sowie eine verbesserte Vertretung der Regionen über den AdR (18 Delegierte) in der Plenarversammlung eingesetzt.

Für den AdR wurde Landtagspräsidentin Muhterem Aras benannt. Der Bundesrat hat Ministerin Lucia Puttrich (Hessen) und Ministerin Birgit

Honé (Niedersachsen), der Bundestag den Vorsitzenden des EU-Ausschusses Gunther Krichbaum (WK Pforzheim) und den Abgeordneten Axel Schäfer benannt.

Im Mittelpunkt der ersten Sitzung der Plenarversammlung am 19. Juni 2021 stand der Austausch der Mitglieder über Zielsetzungen und Erwartungen an die Konferenz. Viele Delegierte, insbesondere der Institutionen, legten einen Fokus auf eine Verbesserung der Handlungsfähigkeit der EU und forderten, dass von der Konferenz Veränderungsprozesse im institutionellen Gefüge der EU unter dem Schlagwort „demokratische Legitimierung“ angestoßen werden müssten. Andere sprachen sich dagegen für die Beibehaltung des Status quo oder einen Rückbau der EU aus. Ein zweiter Themenschwerpunkt der Einlassungen waren die großen politischen Herausforderungen der EU, die ebenfalls Thema der Konferenz sein müssten. Viele Delegierte, darunter auch Landtagspräsidentin Muhterem Aras, betonten die Rolle der EU beim Klimaschutz. Einige (osteuropäische) Redner wiesen auf das ungelöste Migrations-thema hin. Weitere Wortmeldungen betrafen eine bessere Beteiligung der Regionen und Kommunen an den Entscheidungsprozessen in der EU. Themen waren auch die Situation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die Rolle der Jugendlichen und die Herausforderungen durch die Digitalisierung sowie die Wahrung rechtsstaatlicher Standards.

Das Plenum legte außerdem Arbeitsgruppen entlang der neun Oberthemen der multilingualen Plattform fest:

- Klimawandel und Umwelt
- Gesundheit
- Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung
- Die EU in der Welt
- Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit
- Digitaler Wandel
- Demokratie in Europa
- Migration
- Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Bewertung

Bei der Zusammensetzung der Plenarversammlung ist nun die Bedeutung der nationalen Parlamente durch eine Vertretung auf Augenhöhe mit dem Europäischen Parlament und der Regionen durch eine erhöhte Zahl von Vertreterinnen und Vertretern des AdR anerkannt worden. Der Zeitplan der Konferenz ist sehr ambitioniert, bis März 2022 Ergebnisse vorzulegen. Die Arbeitsgruppen werden ihre Beratungen im Herbst 2021 aufnehmen, um erste Ergebnisse aus den diversen europäischen und nationalen Bürgerpanels aufzugreifen. Dann wird sich zeigen, ob dieser Zeitplan realistisch ist und auf welche konkreten Themen sich die Arbeit der Konferenz konzentrieren wird. Wichtig ist, dass die Mitglieder der Plenarversammlung eine gute Rückkoppelung zur ihren entsendenden Gremien, den verschiedenen Regierungsebenen und den Bürgerinnen und Bürgern leisten.

Zur Begleitung der Zukunftskonferenz plant das Staatsministerium einige Bürgerdialogformate mit nach der Zufallsmethode ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern und wird dabei auch wieder grenzüberschreitende Formate anbieten.

2. EU-Förderperiode 2021 bis 2027 und EU-Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“

Am 31. Mai 2021 stellte der Rat fest, dass die Ratifikation des Eigenmittelbeschlusses in allen 27 Mitgliedstaaten erfolgt ist. Damit konnte die Kommission beginnen, die Mittel aus dem Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ verfügbar zu machen. Mit dem Eigenmittelbeschluss wird die Europäische Kommission ermächtigt, im Namen der EU bis zu 750 Mrd. Euro (in Preisen von 2018) auf den Kapitalmärkten aufzunehmen.

Die Ratifizierung des Eigenmittelbeschlusses war eine Voraussetzung für die Nutzung der Aufbau- und Resilienzfazilität. Die Kommission hat am 22. Juni 2021 einen Vorschlag für einen Durchführungsbeschluss

des Rates zum deutschen Aufbau- und Resilienzplan (DARP) angenommen. Insgesamt soll Deutschland rund 25,6 Mrd. Euro aus der Aufbau- und Resilienzfazilität erhalten. Der Rat muss innerhalb von vier Wochen über den Kommissionsvorschlag entscheiden.

Zum 30. Juni 2021 hatten 24 Mitgliedstaaten ihre Aufbau- und Resilienzpläne der Kommission zur Prüfung vorgelegt. Die Kommission hat diese sukzessiv geprüft und jeweils dem Rat einen Vorschlag für einen Durchführungsbeschluss unterbreitet.

Die weitere Umsetzung der EU-Förderprogramme aus „Next Generation EU“ und dem Mehrjährigen Finanzrahmen wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt.

Mit dem Programm REACT-EU sollen im Zeitraum 2021-2022 zusätzliche Mittel für die Operationellen Programme von EFRE und ESF bereitgestellt werden. Baden-Württemberg wird aus REACT-EU in der ersten Tranche rund 172 Mio. Euro erhalten, jeweils hälftig aufgeteilt für EFRE und ESF. Für EFRE hat die Kommission den Antrag auf Programmänderung des Operationellen Programms 2014 bis 2020 am 9. Juni genehmigt. Für ESF hat die Kommission ihre Genehmigung der Programmänderung des Operationellen Programms 2014-2020 am 27. Mai bekannt gegeben. Über eine etwaige zweite Tranche wird auf EU-Ebene im Spätherbst 2021 auf der Grundlage aktualisierter sozioökonomischer Daten entschieden. Im Rahmen des ESF sollen die zusätzlichen Mittel vor allem die durch die Corona-Krise besonders benachteiligten Menschen unterstützen. Zudem soll die Digitalisierung im sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Bereich als auch die kleinen und mittleren Unternehmen gefördert werden. Im Bereich des EFRE werden die zusätzlichen Mittel in strategisch wichtigen Bereichen eingesetzt, wie zum Beispiel zum Ausbau von Forschungsinfrastrukturen in Bereichen der umwelt- und klimafreundlichen sowie digitalen Wirtschaft oder Gesundheitswesen. Kommunen können Fördermittel für strategiebasierte Vorhaben zur Senkung des CO₂-Ausstoßes für den Klimaschutz erhalten.

Kleine und mittlere Unternehmen werden bei Investitionen in Innovation unterstützt. Auch in die innovative Holznutzung sollen Mittel fließen.

Bewertung

In vielen Mitgliedstaaten haben die nationalen Regierungen die regionale Ebene bei der Erarbeitung der Aufbau- und Resilienzpläne in geringem Maße oder nicht beteiligt. Dies gilt auch für die innerdeutsche Umsetzung, insbesondere des DARF; daran haben Beschlüsse der Europaministerkonferenz bzw. des Bundesrats nichts ändern können. Diese Entwicklung darf nicht Schule machen. Das Staatsministerium wird sich dafür einsetzen, dass das bewährte Partnerschaftsprinzip in der Strukturpolitik mit einer gleichberechtigten Einbeziehung der regionalen Gebietskörperschaften erhalten bleibt und nicht durch eine stärkere Rolle der nationalen Regierungen bei der innerstaatlichen Verteilung von EU-Mitteln ersetzt wird.

3. 86. Europaministerkonferenz am 20. Mai 2021

An der Videokonferenz der Europaministerinnen und –minister der Länder am 20. Mai 2021 nahm Abteilungsleiterin Dr. Zoller in Vertretung von Europa-Staatssekretär Hassler teil. Die EMK-Mitglieder nahmen u. a. ein Statement zum Auftakt der Konferenz zur Zukunft Europas an. Darin bekräftigten sie, dass die Länder Bürgerbeteiligungsformate im Rahmen der Zukunftskonferenz auf überregionaler, regionaler und lokaler Ebene durchführen und unterstützen werden. Die Länder beabsichtigen, eigene Vorschläge in die Zukunftskonferenz einzubringen. Sie sehen in der Konferenz zur Zukunft Europas eine Chance, die effektive Mitwirkung der regionalen Ebene sowie der Bürgerinnen und Bürger am europapolitischen Willensbildungsprozess zu stärken und die europäische Demokratie weiterzuentwickeln. Die EMK fasste ferner einen Beschluss zur Steigerung der Europafähigkeit der Landesverwaltungen, bei dem Baden-Württemberg Mitberichterstatter war.

4. Europäischer Rat am 24. / 25. Juni 2021

Schwerpunktthemen der Staats- und Regierungschefs auf ihrer zweitägigen Tagung in Brüssel waren die Covid-19-Pandemie, Migration, Nichtdiskriminierung und Grundwerte sowie die Außenbeziehungen, insbesondere Türkei und Russland. In Bezug auf die Covid-19-Pandemie wurde u.a. vereinbart, weiter auf die Umsetzung des digitalen Covid-Zertifikats zu achten und seitens der EU die Versorgung der Länder des globalen Südens mit Impfstoffen zu verbessern. Zum Thema Migration beschloss die Staats- und Regierungschefs, die Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern zu intensivieren und hierzu mindestens 10% des neuen Finanzinstruments für die Außenbeziehungen NDICI zu nutzen. Die finanzielle Unterstützung für syrische Geflüchtete in der Türkei, Jordanien, Libanon und anderen Teilen der Region soll fortgesetzt werden. Zudem bekräftigte der Europäische Rat seine Bereitschaft zum Dialog mit der Türkei über Themen wie Migration, Gesundheit, Klima, Terrorismusbekämpfung und regionale Streitpunkte im östlichen Mittelmeerraum sowie seine Unterstützung für die Arbeiten zur Modernisierung der Zollunion EU-Türkei. Ein ungarisches Gesetz über das Verbot der Diskussion über sexuelle Vielfalt in Schulen, Medien, Werbung und öffentlichen Räumen war Auslöser für eine intensive Debatte über die Grundwerte der EU und die Achtung des Prinzips der Nichtdiskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung. 17 Staats- und Regierungschefs (darunter Bundeskanzlerin Merkel) unterzeichneten eine Protestnote an die ungarische Regierung.

5. Verhältnis zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich

Das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (VK) ist am 01. Mai 2021 endgültig in Kraft getreten. Zuvor stimmte das EP am 27. April 2021 zu.

Am 03. Juni 2021 einigten sich die EU und VK bezüglich der Fangmengen für Fisch in gemeinsamen Gewässern für 2021 und 2022.

Ministerpräsident Kretschmann traf am 9. Juni 2021 den britischen Handelsminister Greg Hands. Im Mittelpunkt des virtuellen Austausches standen die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und VK sowie die Zusammenarbeit im Wissenschafts- und Hochschulbereich. (Siehe dazu auch unten IX.)

Am 17. Juni 2021 einigten sich EP, Rat und Kommission im Grundsatz bezüglich der Brexit-Anpassungsreserve (BAR). Die Reserve soll allen Mitgliedstaaten zugutekommen und insbesondere jene Regionen und Sektoren unterstützen, die am stärksten von nachteiligen Folgen des Brexit betroffen sind. Dabei sollen Maßnahmen für den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2023 förderfähig sein. Die Einigung muss noch formal durch Beschlüsse von Rat und EP bestätigt werden. Die Einigung soll eine Auszahlung der Mittel noch in diesem Jahr ermöglichen; das Inkrafttreten ist frühestens im Oktober/ November 2021 geplant. Der ursprüngliche Kommissionsvorschlag von 455 Mio. Euro für Deutschland wurde auf 591 Mio. Euro angehoben.

Bewertung/ Ausblick

Ende Juni 2021 läuft die Karenzzeit für die Antragsstellung auf Aufenthalt in VK für Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten aus. Der Umgang mit verspäteten Anträgen ist noch unklar und wird zwischen den Parteien diskutiert.

Nach der Erleichterung über das endgültige Inkrafttreten des Handels- und Kooperationsabkommens nach Zustimmung des EP im April gestaltet sich das Verhältnis zwischen der EU und VK weiterhin schwierig aufgrund der Verletzung des Nordirland-Protokolls sowie der Forderung des VK, nachzuverhandeln.

Auch nach dem G7-Gipfel im Juni ist das Verhältnis unverändert angespannt. Die Kommission erwägt den nächsten Schritt im Vertragsverletzungsverfahren bzw. die Aktivierung des Streitbeilegungsmechanismus des Abkommen und prüft Anhaltspunkte für die Einleitung weiterer Vertragsverletzungsverfahren.

6. Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Die EU-Kommission hat wegen des sog. PSPP-Urteils des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zu den Anleihekäufen der Europäischen Zentralbank (EZB) ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet.

Im Mai 2020 hatte das BVerfG entschieden, dass das milliardenschwere PSPP-Anleihekaufprogramm der EZB teilweise verfassungswidrig sei (Urteil des Zweiten Senats vom 5. Mai 2020 – 2 BvR 859/15). Zuvor hatte der Europäische Gerichtshof das PSPP-Programm auf Anfrage des BVerfG für rechtmäßig erklärt. Die Karlsruher Richter jedoch hielten die Begründung der Luxemburger Kollegen für „objektiv willkürlich“ und „schlechterdings nicht mehr nachvollziehbar“. Hauptkritikpunkt des BVerfG am Anleihekaufprogramm war die mangelnde Begründung der EZB zur Verhältnismäßigkeit des Programms.

In der Folge befasste sich der EZB-Rat erneut mit dem PSPP-Programm und dessen Verhältnismäßigkeit. Der Bundestag stellte daraufhin in einem Beschluss fest, dass die vom EZB-Rat durchgeführte Verhältnismäßigkeitsprüfung den sich aus dem Urteil des BVerfG ergebenden Anforderungen genüge. Im April 2021 kam das BVerfG schließlich zu dem Ergebnis, dass das Urteil durch Bundestag und Bundesregierung umgesetzt worden sei (Beschluss des Zweiten Senats vom 29. April 2021 – 2 BvR 1651/15).

Trotz dieses Beschlusses hält die EU-Kommission den aus ihrer Sicht bestehenden Verstoß gegen den Grundsatz des Vorrangs des EU-Rechts für nicht ausgeräumt. Das Urteil stelle einen ernstzunehmenden Präzedenzfall für die künftige Praxis des BVerfG, aber auch für die der Verfassungsgerichte anderer Mitgliedstaaten dar. Deutschland hat nun zwei Monate Zeit, um zu den Beanstandungen der Kommission Stellung zu nehmen. Sollte die Kommission in der Folge zu dem Schluss gelangen, dass Deutschland seinen Verpflichtungen nach dem EU-Recht

nicht nachkommt, könnte im äußersten Fall eine Klage der Kommission gegen Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof drohen.

II. Europapolitische Veranstaltungen

Gespräche mit Vertretern der Europäischen Kommission

Am 10.6.2021 führte Herr Staatssekretär Florian Hassler ein Gespräch mit dem Kabinettschef der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Herrn Björn Seibert, und der stellvertretenden Kabinettschefin Stéphanie Riso. Im Mittelpunkt standen das Institutionelle Rahmenabkommen zwischen der EU und der CH (InstA), die Klimapolitik und die Konferenz zur Zukunft Europas.

Am 18.6.2021 traf Herr Staatssekretär Florian Hassler den Vertreter der Europäischen Kommission (KOM) in Deutschland, Herrn Dr. Jörg Wojahn und den Pressesprecher der Vertretung der KOM in München Dr. Renke Deckarm. Im Mittelpunkt standen die europapolitischen Schwerpunkte der Landesregierung, die Beteiligung des Landes an der Konferenz zur Zukunft Europas sowie die Zusammenarbeit mit der KOM-Vertretung in Deutschland.

„Konferenz zur Zukunft Europas – Wie kann die Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene gelingen?“ – Digitale Diskussionsveranstaltung in Brüssel

Am 9.5.2021 begann offiziell die „Konferenz zur Zukunft Europas“ und damit ein groß angelegter Bürgerbeteiligungsprozess, welcher der erste seiner Art ist. Auf europäischer, aber auch auf nationaler und regionaler Ebene sollen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, über die Herausforderungen der EU zu diskutieren und dabei Empfehlungen zu entwickeln, wie man eine erstrebenswerte Zukunft für alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger gewährleisten kann. Um den Start der Konferenz einzuläuten fand am 23.4.2021 eine große digitale Auftaktveranstaltung der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler in der Brüsseler Landesvertretung statt. Nach der Begrüßung durch Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann gab Sixtine Bouygues,

stellvertretende Generaldirektorin für Kommunikation der EU Kommission, in ihrer Rede einen Überblick über die Struktur der Konferenz. Anschließend erläuterte Staatsrätin Erler die Praxis der Bürgerdialoge in Baden-Württemberg und diskutierte anschließend mit ihren Gästen, Anna Renkamp, Projektmanagerin im Programm „Zukunft der Demokratie“ bei der Bertelsmann Stiftung, Daniel Freund, Mitglied des Europäischen Parlaments und der Fraktion Die Grünen/EFA und Vertreter des Europäischen Parlaments im Exekutivausschuss der Konferenz zur Zukunft Europas sowie Sixtine Bouygues, die Herausforderung und Chancen dieses großen europäischen Beteiligungsprozesses.

Minister Guido Wolf eröffnet Online-Veranstaltung „Neues Europäisches Bauhaus: Informationsveranstaltung für Baden-Württemberg“ aus der Landesvertretung

Die Initiative „Neues Europäisches Bauhaus“ geht auf die Präsidentin der Europäischen Kommission zurück und genießt bei Ursula von der Leyen hohe politische Priorität. Die Initiative wurde Anfang 2021 im Rahmen des europäischen grünen Deals eingeleitet. Ziel ist die Förderung ökologisch und sozial nachhaltiger (Bau-) Projekte unter Einbindung von Kunst/Kultur und mittels Technologie/Innovation.

Minister Guido Wolf wies bei der Einführung der Online-Veranstaltung am 20. April 2021 auf die Tradition des historischen Bauhauses in Baden-Württemberg hin: Er erinnerte etwa an die Weißenhofsiedlung in Stuttgart oder die Dammerstocksiedlung in Karlsruhe. Minister Wolf betonte die Bedeutung der Neuen Europäischen Bauhaus-Initiative für die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft und zeigte sich zuversichtlich, dass Baden-Württemberg mit seinem Erfindergeist und als Innovationsregion Nummer Eins in Europa auch hier vorne mit dabei sein wird. Es gehe darum, so Minister Wolf abschließend, den Lebensraum, den Wohnraum und das Zusammenleben nachhaltiger und klimaschonend zu gestalten.

Ruth Reichstein, Projektverantwortliche für das „Neue Europäische Bauhaus“ und Mitglied der I.D.E.A.-Denkfabrik der Europäischen Kommission, betonte, dass sich die Initiative in der Gestaltungsphase befinde, und sich die EU-Kommission eine breite Beteiligung mit Ideen und Vorschlägen erhoffe. Die Ergebnisse würden in ein Konzept für die genaue Ausgestaltung des „Neuen Europäischen Bauhauses“ münden, das bis zum September 2021 fertiggestellt sein solle. Frau Reichstein ermutigte die Veranstaltungsteilnehmer, Netzwerke und Gesprächsrunden zum „Neuen Europäischen Bauhaus“ zu organisieren und die Ergebnisse, Erwartungen bzw. Anregungen als Beiträge auf der Website der Initiative einzustellen. Frau Reichstein warb auch mit großem Engagement für den Preis, den die EU-Kommission im April 2021 auslobte.

In der von Frau Dr. Alexandra Zoller, Leiterin der Abteilung Europa, Tourismus und Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU, moderierten Diskussions- und Fragerunde wurde das große Interesse an der Initiative deutlich. Erste konkrete Ideen wie auch konkrete Rückfragen kamen aus dem Teilnehmerkreis, der v.a. Vertreter der Ministerial- und Kommunalverwaltung sowie Vertreter aus Forschung und Lehre umfasste.

III. Europafähigkeit und Europakommunikation

Dynamischer Europapool

Europa in der Mittagspause

Im Rahmen des Dynamischen Europapools wurde eine neue Veranstaltungsreihe gestartet: „Europa in der Mittagspause“. Auswärtsspieler/innen berichten von ihren erlebnisreichen und interessanten Auslandsverwendungen. Es ist vorgesehen, diese Veranstaltung auch weiterhin virtuell durchzuführen. Dieses Format wurde von den Pool-Mitgliedern begeistert angenommen.

Europaöffentlichkeitsarbeit

Virtuelle Europawoche

Bedingt durch die erhöhten CoViD19-Inzidenzwerte im Frühjahr 2021 konnten auch in diesem Jahr keine Veranstaltungen und persönlichen Begegnungen im Rahmen der Europawoche Anfang Mai stattfinden. Stattdessen gab es für die Bürgerinnen und Bürger vom 1. bis 10. Mai 2021 zahlreiche Online-Angebote der baden-württembergischen Europaakteure. Die Angebote (Veranstaltungen, Grußworte, Videos, Quizzes, Wettbewerbe u.v.m.) wurden auf der Webseite des Justizministeriums (<https://www.justiz-bw.de/Europawoche2021>) als Virtuelle Europawoche veröffentlicht.

EU-Schulprojekttag 2021

Der diesjährige EU-Schulprojekttag fand bundesweit am Montag, 14. Juni 2021 statt. Da dieser Termin jedoch in den Zeitraum von Abschlussprüfungen aller Schularten in Baden-Württemberg fiel, wurde in Absprache mit dem Kultusministerium für Baden-Württemberg vom bundesweiten Termin abgewichen und stattdessen Montag, der 21. Juni 2021 ausgewählt. Trotz Pandemie wurde der Schulprojekttag bundesweit wieder von einer Vielzahl von Abgeordneten, Regierungsmitgliedern, EU-Kommissionsbeamtinnen und -beamten sowie weiteren EU-Experten und EU-Expertinnen genutzt, um mit Schülerinnen und Schülern über Europa zu sprechen. Umfragen bei früheren EU-Projekttagen haben ergeben, dass das Interesse der Kinder und Jugendlichen an Europa mit den Schulbesuchen stark steigt. Er wird deshalb auch in Zukunft von Staatsministerium und Kultusministerium unterstützt werden.

„Europapuzzle macht Schule“

Nach dem erstmaligen Verleih des Europa-Riese-Puzzles an das Fürstenberg-Gymnasium in Donaueschingen im Dezember 2020 und einer Corona-bedingten Pause setzte das Puzzle nach den Osterferien 2021 seine Reise an fünf weitere Schulen in Baden-Württemberg fort. Insgesamt konnten bislang 161 Schülerinnen und Schüler aus 8 verschiedenen Klassen im Alter zwischen 6 und 9 Jahren auf spielerische Weise das Konzept der EU „begreifen“. Das Europa-Puzzle ist eine 1,50x1,50

m große Landkarte von Europa, bei dem die EU-Mitgliedstaaten die einzelnen Puzzleteile darstellen. Es kam erstmalig vor den Europawahlen 2019 im Rahmen der Europakampagnen-Bustour zum Einsatz. Bis zum Anfang der Sommerferien und auch im neuen Schuljahr wird das Puzzle an weitere interessierte Schulen verliehen.

Online-Spiel „Build your Europe“

Das Ende Oktober 2020 in Auftrag gegebene Single-Player-Online-Spiel zur europapolitischen Bildung „Build your Europe“ soll Jugendlichen spielerisch den europäischen Gedanken näherbringen. Das Spiel startet in einem von kriegerischen Auseinandersetzungen gebeutelten Europa. Dort beschließen sechs Staaten ein gemeinsames Friedensbündnis, die Europäische Union. Als einer der EU-Gründungsstaaten soll der Spieler seine EU erweitern. Dafür muss er Bündnisse schließen, Krisen bewältigen und seine Ressourcen (Bildung, Wirtschaft, Infrastruktur, Umwelt, Gesundheit) verwalten. Am Ende der Spielzeit (entspricht 60 Jahren) wird Bilanz gezogen, wie erfolgreich die Union des Spielers war. Das Spiel soll auf unterhaltsame Weise zeigen, dass Bündnisse wie die EU sehr komplex sind, viel Arbeit, Zeit und Kompromisse erfordern, aber dass man gemeinsam mehr erreichen kann. Die Firma „Trapped Predator“ aus Ludwigsburg hat ein detailliertes Spielkonzept erarbeitet, das keinen Anspruch auf historische Korrektheit erhebt. Das Spiel wurde zwischenzeitlich programmiert und befindet sich derzeit in der Endabnahme.

Virtual-Reality-App zur europapolitischen Bildung

Mit der im Dezember 2020 in Auftrag gegebenen 360°-VR-App soll insbesondere Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Europäische Union in kurzweiliger Form und auf ansprechende Weise vermittelt werden. Die Anwenderinnen und Anwender nehmen hierzu an einem virtuellen Rundgang durch verschiedene EU-Institutionen teil, bei dem die Aufgabenbereiche der einzelnen Institutionen anhand der Entstehung einer EU-Verordnung erläutert werden. Zusätzlich werden Interviews und Beiträge aus der Landesvertretung in Brüssel, der EU-Kommission

und dem Europäischen Parlament in Brüssel sowie dem baden-württembergischen Staatsministerium in Stuttgart eingespielt, um den Nutzerinnen und Nutzern auch die Wirkungsräume der baden-württembergischen Landespolitik auf europäischer Ebene näherzubringen. Die Dreharbeiten in Brüssel wurden Ende Mai abgeschlossen. Die Dreharbeiten in Stuttgart sind für Mitte Juli vorgesehen.

IV. Ausschuss der Regionen (AdR)

144. Plenartagung, 5. bis 7. Mai 2021

Die 144. Plenartagung stand im Zeichen der Konferenz zur Zukunft Europas. In der Debatte mit Premierminister Costa betonte Minister Wolf die Bedeutung der Einbindung der Parlamente und Regionen in die Zukunftskonferenz und ihre angemessene Vertretung in der Plenarversammlung. Er plädierte dafür, der Plenarversammlung ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen. AdR-Präsident Apostolos Tzitzikostas dankte Minister Wolf für seinen Einsatz für den AdR und die Regionen im Exekutivausschuss der Zukunftskonferenz. Das AdR-Plenum fasste mit großer Mehrheit eine Entschließung zur Zukunftskonferenz. Hier fand ein Änderungsantrag von Minister Wolf eine Mehrheit, im Rahmen der Konferenz eine Zusammenarbeit zwischen dem AdR und den nationalen Parlamenten bzw. ihren Kammern anzustreben.

Ein weiterer Schwerpunkt der Plenartagung war die Erholung des Tourismus und des Hotel- und Gaststättensektors. In diesem Zusammenhang beschlossen die AdR-Mitglieder eine Resolution zum Digitalen Grünen Zertifikat, mit der der AdR die Pläne für eine rasche EU-weite Einführung des Zertifikats unterstützt und für ein möglichst einheitliches Vorgehen zur Wiederherstellung der Freizügigkeit plädiert. Das AdR-Plenum nahm Stellungnahmen zu den Lehren aus Covid-19 aus Sicht der Regionen und Kommunen und zu den Kommissionsvorschlägen für eine Gesundheitsunion an.

V. Zusammenarbeit mit Frankreich

Zusammenarbeit in der Corona-Pandemie

Auf Anregung von Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Präsident Jean Rottner findet seit März 2020 wöchentlich, seit Mai 2021 im 2-Wochen-Rhythmus, eine dt.-frz.(-ch.) Schalte mit den drei Grenzländern BW, RP und SL und dem Bund (AA, BMI, BMG) auf dt. Seite und der Präfektur, der Région Grand Est, den Grenzdépartements, der regionalen frz. Gesundheitsbehörde ARS auf frz. Seite sowie (seit Sept. 2020) Vertreterinnen und Vertretern aus Luxemburg, der wallonischen Region Belgiens und der Schweiz statt. Das Format bietet die Möglichkeit, sich rechtzeitig über evtl. ansteigende Infektionszahlen auszutauschen und über nationale bzw. regionale Maßnahmen zu informieren bzw. sich hierüber abzustimmen. Seit Juni 2021 nimmt Herr Staatssekretär Florian Hassler für Baden-Württemberg an dieser Runde teil.

VI. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Deutsch-französischer Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ)

Der AGZ wurde gemäß Art. 14 des Vertrags von Aachen eingerichtet. Ziel des Ausschusses ist es, Hindernisse in der deutsch-französischen Grenzregion abzubauen und den Alltag der Bürgerinnen und Bürger vor Ort dadurch nachhaltig zu erleichtern. Der Ausschuss soll Probleme, die in bestehenden Gremien nicht gelöst bzw. vorangebracht werden konnten, einer Lösung zuführen. Dafür soll der Ausschuss Entscheidungsvorschläge für den Deutsch-Französischen Ministerrat vorlegen. Nach zwei Sondersitzungen zur Corona-Pandemie sowie der Festlegung des Arbeitsprogramms 2021 am 11.02.2021, fand im Berichtszeitraum am 31. Mai 2021 die erste ordentliche Sitzung statt.

Internationale Bodenseekonferenz (IBK)

Im Berichtszeitraum fand am 20.05.2021 eine Sitzung des Ständigen Ausschusses statt zur Vorbereitung des Strategiegesprächs der Regierungschefs am 24.06.2021. Zentrale Themen waren die Fortschreibung

der IBK-Strategie nach 2022, die Vorbereitungen für das 50-jährige IBK-Jubiläum im Jahr 2022 sowie Sachstände und Neuauflagen zu verschiedenen Strategieprojekten. Am Strategiegelgespräch der IBK-Regierungschefs hat Herr Staatssekretär Florian Hassler in Vertretung für Herrn Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann teilgenommen.

In Fortsetzung der engen Zusammenarbeit innerhalb der IBK seit Beginn der Corona-Pandemie gab es am 10.04.2021 einen erneuten Austausch auf Arbeitsebene zur aktuellen Situation im Mandatsgebiet der IBK. Bei diesem widmete man sich im Wesentlichen den Fragen nach der gegenseitigen Anerkennung von Test-, Genesenen- und Impfnachweisen sowie nach der Kompatibilität digitaler Lösungen.

Zum Jahresbeginn 2021 ist als Umsetzungsmaßnahme im Strategieprozess der IBK die reguläre Troika (aktueller, ausgehender und nachfolgender Vorsitz) um ein IBK-Mitglied zur sog. „erweiterten Troika“ erweitert worden. Die erweiterte Troika soll die Aktivitäten der IBK stärker konzeptionell und politisch-strategisch begleiten und als Scharnier zwischen den Kommissionen und der politischen Ebene fungieren. Für das Jahr 2021 wird dieser zusätzliche Sitz von Baden-Württemberg eingenommen. Eine Sitzung der erweiterten Troika fand am 28.04.2021 statt.

Sitzungen auf Arbeitsebene wurden nach wie vor als Videokonferenzen abgehalten. Das Strategiegelgespräch der Regierungschefs fand als Präsenzveranstaltung im Vorsitzland St. Gallen statt.

INTERREG Oberrhein

Im Berichtszeitraum traf sich die Ad-hoc-Programmierungsgruppe 2020+ zur Vorbereitung der Förderperiode 2021-2027 am 13.04., 11.05. sowie 08.06.2021.

Außerdem fanden zwei Sitzungen des Begleitausschusses am 19.05. und am 09.06.2021 statt sowie zwei Sitzungen der Arbeitsgruppe am 24.04. und am 29.06.2021.

In den Sitzungen konnten die Vorarbeiten und Verhandlungen zum Operationellen Programm für die Förderperiode 2021-2027 zwischen den

Programmpartnern zum Abschluss gebracht werden. Nach der politischen Billigung der am 09.06.2021 vom Begleitausschuss verabschiedeten Fassung durch die Programmpartner soll das Operationelle Programm noch im Juli 2021 zur Genehmigung bei der EU-Kommission eingereicht werden.

Alle Sitzungen werden nach wie vor als Videokonferenzen abgehalten.

INTERREG Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein (ABH)

Im Berichtszeitraum fand am 13.04.2021 eine Sitzung des Lenkungsausschusses statt, bei welcher die letzten Projektanträge der laufenden Förderperiode 2014-2020 diskutiert wurden. Am 29.04.2021 tagte die Programmierungsgruppe zur Vorbereitung des Operationellen Programms 2021-2027. Dieses soll über den Sommer fertiggestellt und nach politischer Billigung durch die Programmpartner im Herbst 2021 bei der EU-Kommission zur Genehmigung eingereicht werden.

Alle Sitzungen werden nach wie vor als Videokonferenzen abgehalten.

VII. Makroregionale Strategien

EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR)

Auch im zweiten Quartal haben auf Grund der Corona-Pandemie keine Präsenzveranstaltungen stattgefunden. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Gremien und Strukturen der EU Strategie für den Donauraum (EUSDR) erfolgt weiterhin über Online-Formate und Videokonferenzen.

Im Berichtszeitraum fanden auf verschiedenen Ebenen weitere Termine bzw. Gespräche zum Thema Einbindung der EUSDR in die Strukturfondsprogramme der neuen Förderperiode 2027 sowie die Unterstützung des Transnationalen Donauraumprogramms (DTP) für die Governance der EUSDR (Embedding) statt.

Die Lenkungsgruppe des Prioritätsbereichs 10 "Institutionelle Kapazitäten & Kooperation" hat in ihrer Online-Sitzung am 22.04.2021 über verschiedene Initiativen zu Projektförderungen, für die Zivilgesellschaft und lokale Akteure, aber auch für Institutionelle Kapazitäten debattiert.

Der diesjährige Kommunale Klimakongress fand am 20. und 21.05.2021 in Ulm und digital statt. Die Veranstaltung wurde erstmals für kommunale Partner aus dem Donauroum geöffnet und ihnen die Möglichkeit gegeben, eigene Beiträge zu leisten, einen fachlichen Einblick zu gewinnen sowie sich auszutauschen und Netzwerke zu etablieren. Der Kongress wurde durch Frau Ministerin Thekla Walker eröffnet.

Am 16.06.2021 wurde ein Online-Treffen der Nationalen Koordinatoren der EUSDR durchgeführt. Neben der Vorbereitung des Annual Forums im Herbst in Bratislava waren u. a. die Einrichtung eines Donau Jugendrats (Danube Youth Council), die Verknüpfung zwischen EU Fonds und den makroregionalen Strategien sowie die Programmierung des neuen Donauprogramms (DTP 2) weitere wichtige Themen.

Laut neuem Koalitionsvertrag soll das Engagement in der EUSDR insbesondere auch bei der Jugend fortgesetzt werden. Vor diesem Hintergrund wird derzeit eine Veranstaltungsreihe im Herbst 2021 vorbereitet, die aus drei Onlinedialogveranstaltungen mit je 30 bis 50 Jugendlichen aus bis zu 14 Donauländern, darunter auch Jugendliche aus Nicht-Mitgliedsstaaten der EU (z.B. Ukraine, Serbien) besteht. Die Ergebnisse sollen anschließend auf einer vierten Veranstaltung am 15.10.2021, dem Jugend-Donausalon, in der Landesvertretung Berlin der Politik vorgestellt werden. Die Veranstaltung(sreihe) findet im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas statt.

EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

Am 08.04.2021 tagte das Executive Board der EUSALP. Die Vertreter der an der Strategie beteiligten Staaten und Regionen befassten sich

unter anderem mit der Beteiligung von jungen Menschen an der Governance der EUSALP. Das Executive Board beschloss den Auswahlprozess für die Mitglieder des EUSALP Jugendbeirats, der auf Anregen von Baden-Württemberg eine Zufallskomponente enthalten wird, um einen möglichst repräsentativen Querschnitt der Jugend im Alpenraum zu erhalten. Der Jugendbeirat soll die Arbeit der Gremien der EUSALP begleiten und Anregungen aus der Warte junger Menschen geben. Als zweites Element der Jugendbeteiligung wurde ein Netzwerk von Jugendeinrichtungen etabliert, an dem für Baden-Württemberg der Landesjugendring teilnimmt.

VIII. Vier Motoren für Europa

Gemeinsam mit Europe Direct Stuttgart, dem Evangelischen Bildungszentrum Hospitalhof Stuttgart sowie Partnern aus Auvergne-Rhône-Alpes, Katalonien und der Lombardei organisierte das Staatsministerium am 11.06.2021 im hybriden Format die Auftaktveranstaltung zur Diskussionsreihe „Hey Europa – Wir sind deine Zukunft“. In insgesamt drei Veranstaltungen sollen sich jungen Europäerinnen und Europäer aus den Regionen der Vier Motoren für Europa austauschen und über zukunftsorientierte Themen beraten. Hintergrund der Veranstaltungsserie bildet die Konferenz zur Zukunft Europas, deren Ziel es ist, vor allem jungen Menschen auf europäischer Ebene Gehör zu verschaffen. Im Rahmen der Auftaktveranstaltung identifizierten die Beteiligten aus den vier Regionen diejenigen Themen, zu denen bei einem Workshop im Herbst 2021 ein gemeinsamer Beitrag zur Zukunftskonferenz erarbeitet werden soll. Neben den Grundwerten der EU wie Frieden und Einheit lagen den jungen Menschen vor allem die Bereiche Klimaschutz, Migration und Gesundheit am Herzen.

IX. Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen

Nachbar Schweiz

Die Zusammenarbeit und der Austausch mit der Schweiz werden weiterhin intensiv gepflegt. Hier findet zum einen ein laufender enger Austausch zum Pandemiegeschehen und zu Pandemiemaßnahmen statt, der seit dem letzten Jahr erfolgreich aufgebaut werden konnte. Darüber hinaus steht für die Zukunft im Fokus, den Dialog mit unserem Nachbar gezielt zu stärken - dies auch vor dem Hintergrund, dass Grenzkontrollen im Frühjahr 2020 die Grenzräume trennten und mit dem Scheitern des Institutionellen Rahmenabkommens EU – Schweiz eine Erodierung der bilateralen Verträge als Basis der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit droht. Aktuell läuft die Erhebung der (möglichen) Folgen des Scheiterns des Rahmenabkommens für Baden-Württemberg.

Gleichzeitig bietet gerade die Zusammenarbeit mit Hochtechnologiepartnern in der Schweiz zu Zukunftsthemen wie der Künstlichen Intelligenz ein großes Potential. So arbeitet das Cyber Valley Tübingen – Stuttgart eng mit der ETH Zürich zusammen. Dasselbe gilt auch für die Gesundheitswirtschaft, die in beiden Ländern eine wichtige Rolle spielt. Daher liegt ein Schwerpunkt auf der Kooperation mit der Schweiz und der aktiven Kommunikation der Interessen unserer Grenzregionen. So wird beispielsweise Herr Staatssekretär Florian Hassler Anfang Juli ein Gespräch mit dem Schweizer Botschafter, S.E. Herrn Dr. Paul R. Seger, führen. Angestrebt wird ferner für die neue Legislaturperiode eine Fortschreibung der Schweiz-Strategie des Landes aus dem Jahr 2017, um die Zusammenarbeit und den bürgerschaftlichen Dialog zu fördern.

Besonders hervorzuheben sind in den Beziehungen zur Schweiz die folgenden Anlässe und Vorhaben:

Teilnahme von Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Frau Staatsrätin a.D. Gisela Eler an der Nationalen Föderalismuskonferenz in Basel am 27.05.2021

Schwerpunkt der virtuellen Teilnahme war die beispielhafte grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Nachbarregionen in der Pandemie. Im

Austausch mit dem Schweizer Botschafter, S.E. Herrn Dr. Paul R. Seeger, wurden folgende Fragen diskutiert: Welcher Föderalismus hält der aktuellen und zukünftigen Dynamik stand? Welchen Föderalismus wünschen wir uns, in Deutschland und in der Schweiz?

Ausblick: „House of Switzerland“ vom 1.7. bis 31.10.2021 in Stuttgart

Das Schweizer Projekt wird es allen Interessierten (Wirtschaft, Wissenschaft, Bürgerinnen und Bürger u.a.) ermöglichen, in einem sehr innovativen Rahmen den direkten Austausch mit Ansprechpartnerinnen und -partnern aus dem Nachbarland zu pflegen. Durchgeführt werden Workshops, Podiumsdiskussionen, Ausstellungen, Lesungen und vieles mehr rund um die Themen Nachhaltigkeit und Innovation. Die Teilnahme ist vor Ort (Montag -Samstag, 10-22 h, Calwerstr. 33/Kronprinzstr. 30) und zum Teil auch via Livestream möglich.

Austausch zum Pandemiegeschehen im Deutsch-Schweizer Grenzraum

Etabliert wurde eine regelmäßige Videokonferenz auf Arbeitsebene, die Bund- und Land bzw. Kantone sowie die Landkreise zusammenbringt. Am 21.06.2021 fand bereits der 38. Austauschtermin statt. Aktuelle Themen sind die überall im Grenzgebiet sehr deutlich gesunkenen Inzidenzzahlen, vorgesehene Lockerungsschritte, die angestrebte Kompatibilität der Impfbefreiungen und deren Auswirkungen auf die Grenzgänger-Bewegungen.

Bilaterale Zusammenarbeit mit Großbritannien nach dem Brexit

Nach dem Brexit ist der Ausbau der bilateralen Beziehungen mit Großbritannien ein weiterer Schwerpunkt. Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU reduziert sich die Intensität der Zusammenarbeit, die bisher vielfach im EU-Rahmen und über EU-Institutionen stattfand, deutlich und die bilaterale Zusammenarbeit gewinnt stark an Bedeutung.

Baden-Württemberg ist vom Brexit besonders in der Wirtschaft und Wissenschaft betroffen. Das Vereinigte Königreich wird zudem auch künftig

für zentrale Landesthemen wie Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Transformation der Automobilwirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Start-Up-Förderung und Klimaschutz ein wichtiger Partner sein.

Das Land beabsichtigt daher mit einer Auslandsrepräsentanz in London eine Anlaufstelle vor Ort im Vereinigten Königreich zu etablieren. Mit der Auslandsrepräsentanz soll ein wichtiger Beitrag zur Fortführung und Stärkung der Wirtschafts- und Innovationsbeziehungen Baden-Württembergs mit dem Großbritannien und zur Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft in diesem Kontext geleistet sowie ein sichtbares Signal für die künftige bilaterale Kooperation gesetzt werden. Im Mai 2021 wurde die Ausschreibung zum Aufbau einer Auslandsrepräsentanz des Landes in London gestartet.

Das Land arbeitet eng auch mit Regionen in Großbritannien zusammen. So besteht mit Schottland insbesondere eine Kooperation im Bereich Klimaschutz und Energie, u.a. im Klimaschutzbündnis der Under2Coalition. In Glasgow findet im November 2021 die Weltklimakonferenz COP 26 statt. Baden-Württembergische Unternehmen sind ebenfalls im Energiebereich in Schottland aktiv. Mit Wales verbindet Baden-Württemberg eine langjährige Zusammenarbeit, etwa im Rahmen der Städtepartnerschaft zwischen Stuttgart und Cardiff sowie der Vier Motoren für Europa.

Austausch von Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit dem britischen State Minister für Handelspolitik, S.E. Herrn Greg Hands, am 09.06.2021

Am 09.06.2021 fand ein virtueller Austausch zwischen Herrn Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann und dem britischen State Minister für Handelspolitik, S.E. Herrn Greg Hands, statt. Themen waren insbesondere verschiedene Möglichkeiten, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Vereinigten Königreich und dem Land Baden-Württemberg nach dem Brexit auf bilateraler Ebene weiter zu stärken. Darüber

hinaus wurden auch Themen der Zusammenarbeit im Hochschulbereich, insbesondere Alternativen nach dem Ausstieg Großbritanniens aus dem Erasmus-Programm, sowie im Bereich der Klimapolitik diskutiert.

Gespräche zum Institutionellen Rahmenabkommen zwischen der EU und der CH (InstA)

Am 5.5.2021 führte Frau Staatsrätin Gisela Erler ein Gespräch mit dem schweizerischen Botschafter Dr. Seger über das Institutionelle Rahmenabkommen (InstA). Dabei berichtete Botschafter Dr. Paul R. Seger über die laufenden Gespräche zwischen Schweiz und EU sowie über die Positionen der Schweiz. Frau Staatsrätin Gisela Erler betonte die wichtigen Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz sowie in diesem Zusammenhang auch die Bedeutung des InstA. Darüber hinaus gab es Gespräche von Vertretern des Staatsministeriums mit der deutschen Bundesebene und dem Bundestag über das InstA. Am 19.5.2021 gab Herr Ministerpräsident Winfried Kretschmann der NZZ ein Interview zum InstA.

X. Entwicklungspolitik

Die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien, der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals/SDGs) und des Pariser Klimaabkommens standen auch im 2. Quartal des Jahres 2021 im Zentrum der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums. Sie ist weiterhin erheblich beeinträchtigt durch die Corona-Pandemie.

Handlungskonzept für die Kommunale Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg

Im Frühjahr 2021 wurde unter Federführung von Städtetag Baden-Württemberg und Staatsministerium das Handlungskonzept für die Kommunale Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg erarbeitet. Es zeichnet

mit seinem Mehr-Ebenen-Ansatz und der breiten Beteiligung verschiedener politischer Ebenen sowie der entwicklungspolitischen Akteurslandschaft in Baden-Württemberg einen innovativen und zukunftsorientierten Weg auf zur Umsetzung der Agenda 2030 und der Pariser Klimaziele. Baden-Württemberg ist mit dem Konzept bundesweit Vorreiter und übernimmt eine Führungsrolle unter den Ländern bei der entscheidenden Umsetzungsphase der Agenda 2030 (Decade of Action).

Im Rahmen des 3. Spitzengesprächs zur Kommunalen Entwicklungspolitik am 10.6.2021 auf Einladung von Herrn Staatssekretär Rudi Hoogvliet wurde das Handlungskonzept ausführlich diskutiert und bekräftigt. Land, Bund/BMZ, die kommunale Familie (Verbände, Landkreise und Kommunen) sowie die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg, Engagement Global gGmbH und die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt waren mit ihren leitenden Führungsebenen beim Gespräch vertreten. Das Konzept bildet den gemeinsamen Fahrplan, der die aktuelle Zusammenarbeit befördert und künftige Absprachen erleichtert. Er zielt zudem durch gemeinsames Commitment, Synergien durch Bündelung und mehr Sichtbarkeit auf das Gewinnen neuer Partner und Akteure.

Auf der Bundeskonferenz „Kommunen in der Einen Welt vom 14.6.“–16.6.2021 wurde das baden-württembergische Handlungskonzept in einem Workshop Teilnehmenden aus anderen Bundesländern, Kommunen und dem BMZ als vorbildliches Beispiel (best practice) vorgestellt und stieß auf großes Interesse.

Im Land hat die Erstellung des Handlungskonzeptes eine vielversprechende Dynamik ausgelöst: Neue Impulse zu Maßnahmen sowie Kooperationen sind entstanden. Es gibt erste sichtbare Erfolge, wie das Memorandum of Understanding zwischen Städtetag und Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg oder das „Handbuch zur kommunalen Entwicklungspolitik“ mit vielen Praxistipps

(https://www.staedtetag-bw.de/PDF/Handbuch_zu_kommunaler_Entwicklungspolitik_des%20St%C3%A4dtetags_BW_in_Zusammenarbeit_mit_der_SEZ_BW.PDF?ObjSvrID=3335&ObjID=5724&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1617028304) .